

Xenophobe Internationale

Rechte Gruppen aus mehreren europäischen Staaten treffen sich zu einem Anti-Islamisierungskongreß in Köln.

Von Klaus Blees

Für den 19. bis 20. September mobilisieren die Bürgerbewegungen Pro Köln und Pro NRW nach Köln zu einem internationalen »Anti-Islamisierungskongreß«. Zu dieser bisher größten Zusammenkunft der moslemfeindlichen europäischen Rechten werden Anführer maßgeblicher rechtspopulistischer Parteien erwartet. Als Redner angekündigt sind unter anderen Jean-Marie Le Pen, Chef des französischen Front National (FN), Filip Dewinter, Fraktionsvorsitzender des Vlaams Belang im flämischen Parlament, Mario Borghezio von der italienischen Lega Nord und gleich mehrere prominente Vertreter der Freiheitlichen Partei Österreichs (FPÖ). Ursprünglich stand auch der Holocaustleugner Nick Griffin, Vorsitzender der British National Party, auf dem Programm, wurde daraus aber mittlerweile wieder gestrichen. Der mit der Nennung seines Namens verbundene Medienwirbel stand dem Versuch der Veranstalter, in die politische Mitte zu wirken, wohl doch zu sehr im Weg.

Pro Köln und Pro NRW verstehen den Kongreß als Auftakt ihres Kommunalwahlkampfes, während damit gleichzeitig die Vernetzung xenophober Bewegungen in Europa vorangetrieben werden soll. Bereits im Januar dieses Jahres hatten sich unter Beteiligung von Pro Köln in Antwerpen rechte Parteien aus ganz Europa zu einem »Städtebündnis gegen die Islamisierung« zusammengeschlossen, das nun an dem Kölner Aufmarsch beteiligt ist.

Auch wenn sie die Bezeichnung »islamkritisch« für ihren Feldzug benutzen, machen die Beteiligten unmißverständlich klar, daß es ihnen keineswegs um Aufklärung über die islamische Herrschaftskultur, um deren Überwindung und die Solidarität mit den Opfern islamisch begründeter Unterdrückungspraktiken geht. Judith Wolter, inzwischen Vorsitzende der Pro-Köln-Ratsfraktion, ließ in einem Interview mit dem NPD-Blatt »Deutsche Stimme« bereits im Januar 2003 diesbezüglich keinen Zweifel: »Solange die Moscheen nicht in Deutschland und anderen europäischen Ländern errichtet werden, sollte der Islam für uns kein Problem darstellen. Genauso, wie wir keine Islamisierung Europas wünschen, sollten wir im Gegenzug auch nicht versuchen, islamischen Ländern unsere Kultur und Werte aufzudrängen.« Wolter gibt sich damit als Ethnopluralistin und Kulturrelativistin zu erkennen. Islam und Islamismus werden nicht kritisiert, sondern bloß als »fremd« zurückgewiesen. Islamfeindschaft zeigt sich hier als Ausdruck

der insgesamt diese Szene kennzeichnenden Ausgrenzungspolitik gegenüber allem, was aus ihrer Sicht nicht nach Deutschland oder Europa gehört. Der Pro-Köln- und Pro-NRW-Vorsitzende Markus Beisicht, Exmitglied der Republikaner, spricht in einem auf der Pro-Köln-Website veröffentlichten Interview folgerichtig von einer »identitätsbedrohenden fremden Religion«. »Überfremdung« ist ein in mehreren Texten der »Pro«-Bewegung wiederkehrender Schlüsselbegriff.

Konsequent im Sinne ihrer auf Abschottung zielenden Ideologie ist auch die Forderung einer rigorosen Abschiebep Praxis gegenüber Flüchtlingen. Diese macht einen zentralen Punkt im Programm von Pro Köln aus, wo es heißt: »Aufenthaltsbeendende Maßnahmen sind konsequent durchzusetzen. ... Erkannte Scheinasylanten gehören umgehend abgeschoben.«

Als prominentester Gast soll der Front-National-Vorsitzende Le Pen ein, so der Ankündigungsflyer, »Plädoyer für die Identität und Souveränität der europäischen Völker und Staaten« halten

Aber ihre Agitation richtet sich auch gegen andere Bevölkerungsgruppen: Besonders Roma stehen immer wieder im Fokus ihrer rassistischen Kampagnen. Und Judith Wolter beklagt sich im erwähnten Interview über die hohen Summen, mit denen Kölner Kommunalpolitiker angeblich »Randgruppen« förderten. Dabei dienen ihr die Unterstützung des Christopher-Street-Day oder eines schwul-lesbischen Jugendzentrums als Beispiele. Gegen den CSD wollte ihr Verein 2002 auch schon mal eine Mahnwache veranstalten, zog diesen Plan dann aber nach Protesten im Vorfeld zurück.

Die homophobe Ausrichtung teilen Pro Köln und die Islamisten. Antizionismus und Antiamerikanismus sind weitere Schnittmengen. »Es muß aber möglich sein, Israel zu kritisieren, ohne gleich als Antisemit beschimpft zu werden. Insbesondere, wenn man bedenkt, wie viele UN-Resolutionen Israel nicht beachtet hat«, meint Wolter. Nachdem deutsche Bischöfe bei ihrer Nahostreise im März 2007 Ramallah mit dem Warschauer Ghetto verglichen

hatten, fragte Pro NRW auf seiner Website, was denn diese »Äußerungen hochkarätiger katholischer Geistlicher mit Antisemitismus« zu tun hätten. Wolter wiederum betont, es sei ihr besonders wichtig, »daß die Freiheit und Souveränität Deutschlands wiederhergestellt wird. Hierzu benötigen wir eine breite Volksbewegung gegen den verhängnisvollen Amerikanismus.« Geschichtsrevisionismus und Täter-Opfer-Umkehr sind dafür notwendige Voraussetzung: Um die Souveränität Deutschlands wiederherzustellen, müsse endlich »auch auf die Schandtaten der Kriegssieger aufmerksam gemacht«, »an die deutschen Opfer« und die »im unnötigen Bombenkrieg getöteten Menschen« gedacht werden, wie es Lydia Herzog in »Objektiv« Nr. 4, der Schülerzeitung von Pro Köln, fordert. Zu diesem Kampf gehört auch die Unterzeichnung der Erklärung »Gemeinsam für ein Europa der Vaterländer«, die Beisicht und Pro-NRW-Generalsekretär Markus Wiener im Namen ihrer Organisationen zusammen mit den Anführern von NPD, DVU und Republikanern im September 2007 in Straßburg verabschiedet haben.

Als prominentester Gast des Kölner Kongresses soll der Front-National-Vorsitzende Le Pen ein, so der Ankündigungsflyer, »Plädoyer für die Identität und Souveränität der europäischen Völker und Staaten« halten. Ebenso wie seine deutschen Freunde hat Le Pen deutlich gemacht, es gehe ihm nicht speziell um den Islam. Man müsse »die gesamte Masseneinwanderung aufhalten«, erklärte er im März 2006. Von einer prinzipiellen Islamfeindschaft kann bei ihm ohnehin nicht die Rede sein, was unter anderem seine Solidarität mit Saddam Hussein oder dem iranischen Regime beweisen.

Aus den Reihen des Vlaams Belang steht Filip Dewinter auf der Rednerliste. Der bei Parlamentswahlen sehr erfolgreiche Vlaams Belang, der eine völkische Aufspaltung Belgiens mit dem Ziel eines eigenständigen flämischen Staates anstrebt (siehe dazu in diesem Heft den Beitrag von Ralf Schröder), ist Vorbild und zentraler Bündnispartner von Pro Köln. Gegründet wurde Vlaams Belang als Nachfolgepartei des Vlaams Blok, weil diesem nach einem höchstrichterlichen Urteil 2004 wegen »Anstachelung zum Rassismus« der Entzug der staatlichen Finanzierung bevorstand. Ihren in dem Motto »Eigenes Volk zuerst« auf den Punkt gebrachten Chauvinismus richteten die Separatisten einerseits gegen das französischsprachige Wallonien. Zum anderen haben sie

TANZ DIE INTIFADA

Interview mit Henning Wötzel-Herber vom Vorstand des Bundesarbeitskreises (BAK) Shalom der Linksjugend (Solid)

KONKRET: In unserem letzten Interview (KONKRET 6/08) haben Sie versprochen, daran zu arbeiten, den Antizionisten in der Linkspartei das Handwerk zu legen, und den Rücktritt des außenpolitischen Sprechers der Bundestagsfraktion, Norman Paech, verlangt. Mit Konsequenzen – für den Arbeitskreis: Gelder wurden gestrichen, und es wurde Ihnen untersagt, öffentliche Arbeit im Namen des Verbandes zu machen. In der parteinahen »Jungen Welt« hat Werner Pirker Sie als »Rassisten« bezeichnet.

Wötzel-Herber: Das wundert uns nicht. Die »Junge Welt« hat immer wieder um Interviews gebeten, die sie mit Beleidigungen und Unterstellungen vorangekündigt hat. Da haben wir dann gesagt, daß wir dieser Zeitung kein Interview geben. Im Disput mit dem BundessprecherInnenrat der Linksjugend waren wir erfolgreich. Die Schiedskommission hat unserem Widerspruch gegen das Verbot, Öffentlichkeitsarbeit zu leisten, stattgegeben. Weniger erfreulich war ein Vorfall beim Treffen der Bundesarbeitskreise, als aus dem Seminarraum des BAK Shalom stapelweise Material von uns und anderen, beispielsweise israelischen und jüdischen Organisationen, verschwand.

Und der Sprecher der Linksjugend, Max Steininger, echauffierte sich über eine Israel-Fahne am Buffet und meinte, er könne auch Transparente mit der Aufschrift »Intifada bis zum Sieg« mitbringen.

Am Abend haben wir eine Party gegeben. Irgendwo hing eine kleine Israelfahne. Der Genosse Steininger hat dann gesagt, er würde nicht unter einer Fahne tanzen, die für hunderttausendfache Unterdrückung und Mord stünde.

Bei Norman Paech hat sich Ihr Arbeitskreis entschuldigt: Sie hätten ihn nicht als Antisemiten bezeichnen wollen. Warum dieser Rückzug?

Da ist etwas unglücklich gelaufen. Wir hatten in einem nicht-öffentlichen Brief geschrieben, daß Paech sich auf der Veranstaltung antisemitisch geäußert habe. Tatsächlich hatte er aber wenig gesagt, was über seinen üblichen Antizionismus hinausgegangen wäre. Wir hätten also schreiben müssen: Es gab antizionistische Äußerungen von Paech und antisemitische von anderen Diskussionsteilnehmern. Und man hätte fragen können, ob nicht jeder Antizionismus die Tür für Antisemitismus öffnet. Israelfeindschaft hat in einer linken Partei nichts verloren.

Sie hatten unsere Frage, ob die Bemühungen Ihres Arbeitskreises innerhalb der Linkspartei nicht illusorisch seien, damals verneint. Sehen Sie das immer noch so?

Wir haben die Erfahrung gemacht, daß man ein Stück weit was bewegen kann. Das heißt im Moment vor allem, daß sich einzelne Gruppen und Leute Gedanken machen. Auch darüber, mit wem sie zusammenarbeiten. Es gibt in der Partei darauf einen kritischeren Blick als vor einem Jahr.

– Interview: **Philipp Kutter** –

• selbstverständlich Migranten im Visier und
• verfechten, wie ihre in Köln sich versammelnden Kumpane, eine strikte Antieinwanderungspolitik. Welcher Mittel sie sich dabei bedienen, machte Dewinter selbst deutlich, als er Kamele durch Antwerpen treiben ließ, um gegen die sogenannte Überfremdung zu protestieren.

Neben Vlaams Belang ist die FPÖ der wichtigste europäische Partner der »Pro«-Bewegung. Mit ihrem Vorsitzenden Heinz-Christian Strache, dem Europaparlamentarier Andreas Mölzer sowie ihrem Generalsekretär, dem Nationalratsabgeordneten Harald Vilimsky, steht sie gleich mit drei Rednern auf dem Programm. Der FPÖ-Slogan »Österreich zuerst« erinnert an Parolen des befreundeten Vlaams Belang. Im Wahlkampf 2006 pöbelte Österreichs Rechtspartei mit Sprüchen wie »Sichere Pensionen statt Asylmillionen« oder »Daham statt Islam« gegen Flüchtlinge und Einwanderer. Vilimsky ist der Erfinder des migrantenfeindlichen Schlagworts »Negativzuwanderung«. Von dem am Kölner Kongreß vertretenen Organisationen dürfte die FPÖ auch die mit dem am deutlichsten ausgeprägten Antisemitismus sein. Mölzer und die von ihm mitherausgegebene und als Chefredakteur verantwortete Wochenzeitung »Zur Zeit« hatten über Jahre hinweg eine antisemitische Kampagne gegen den jüdischen Journalisten Karl Pfeifer (Wien) betrieben, der erst 2007 vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte zu seinem Recht kam. »Zur Zeit«, bis September 2007 österreichisches Schwesterblatt der »Jungen Freiheit« und inzwischen selbst dieser zu braun, verteidigte noch 1997 christlich-antisemitische Ritualmordlegenden als historische Wahrheit. Mölzer selbst warnte 2007 anlässlich des Israelbesuchs von EU-Parlamentspräsident Pötering, »eine einseitige Parteinahme zugunsten Israels würde unweigerlich zu einer Verschlechterung der Beziehungen zur gesamten islamischen Welt führen«. Mit der soll es sich Europa, bei aller Abwehr moslemischer Migranten, nicht verderben: »Wenn die EU nicht die Feindschaft der islamischen Welt auf sich ziehen und von den USA in die Kriege des Nahen Ostens hineingezogen werden will, dann muß sie sich ganz klar von einer drohenden militärischen Aggression Washingtons gegen den Iran abgrenzen«, unterstrich er jüngst noch einmal.

Als besonders fieser Vertreter der xenophoben Internationale wird in Köln Mario Borghezio aufgeboten, Europaparlamentsabgeordneter der separatistisch-ethnopluralistischen Lega Nord, der hin und wieder eigenhändig zur Tat schreitet. So wurde er unter anderem verurteilt, weil er im Jahre 2000 Zelte einiger unter einer Brücke schlafenden Einwanderer angezündet hatte. Normalerweise setzt die Lega Nord, derzeit wieder an der Berlusconi-Regierung beteiligt, jedoch eher auf Ertrinken als auf Verbrennen und fordert, Flüchtlinge aus Nordafrika von der italienischen Küste fernzuhalten.



Turm des Anstoßes: Modell einer für den Kölner Stadtteil Ehrenfeld geplanten Moschee (Detail)

Vom eigenen Verein sieht Pro Köln neben Markus Beisicht und Judith Wolter den übergetretenen Ehrenfelder Ex-CDU-Vorsitzenden und ehemaligen stellvertretenden Bezirksbürgermeister Jörg Uckermann als Redner vor. Uckermann, derzeit Vorsitzender der Pro-Köln-Fraktion in der Ehrenfelder Bezirksvertretung, forderte kürzlich, während der ersten Woche der Olympischen Spiele das Rathaus Ehrenfeld »mit der Fahne des Freien Tibet« zu beflaggen. Die Sympathien gelten also nicht nur den völkischen Bewegungen Europas.

Als deutsche Redner, die nicht zur »Pro«-Bewegung gehören, wurden der aus der CDU ausgetretene Bundestagsabgeordnete Henry Nitzsche und der rechtsextreme Publizist Harald Neubauer nominiert. Nitzsche, der bei der Bundestagswahl 2005 – noch für die CDU – mit seinem Motto »Arbeit, Familie, Vaterland« im Wahlkreis Kamenz-Hoyerswerda ein Direktmandat erwarb, nutzt diese Parole inzwischen als Bezeichnung eines von ihm gegründeten kommunalpolitischen Wahlbündnisses. Auf dessen Website werden Martin Hohmann und Eva Herman als »mutige Menschen« gewürdigt und Hohmanns berüchtigte antisemitische »Tätervolk«-Rede vom Oktober 2003 im Wortlaut wiedergegeben. In seinem Grußwort im Kölner Kongressflyer fordert Nitzsche, »der islamischen Erstürmung unserer Vaterländer endlich Einhalt zu gebieten«. Neubauer, ehemaliger Abgeordneter der Republikaner im Europaparlament, hat in seiner Karriere außer diesen NPD und DVU als Mitglied durchlaufen und gemeinsam mit Beisicht und dem heutigen Pro-Köln-Fraktionsgeschäftsführer Manfred Rouhs die Deutsche Liga für Volk und Heimat aufgebaut. Er ist als Redakteur tonangebender brauner Blätter wie der »National-Zeitung« in Erscheinung getreten und Mitherausgeber des rechtsextremen Theorieorgans »Nation und Europa«. Zur Bundestagswahl 2005 kandidierte er auf der offenen Landesliste der NPD Sachsen und tritt immer wieder auf NPD-Veranstaltungen auf.

Es ist aufschlußreich, wie sich Teile des konservativen und rechtsliberalen Antisislamlers zum Kongreß sowie zu seinen Gegnern positionieren. Das Weblog »Politically Incorrect« (PI), das sich immer wieder vehement von Rechtsextremisten abgrenzt, gegen Antisemitismus polemisiert und sich demonstrativ zur Solidarität mit Israel bekennt, verteidigt den Aufmarsch des rassistischen Mobs und pöbelt gegen alle, die sich ihm entgegenstellen. Zwar veröffentlicht PI immer wieder auch Dokumente emanzipatorischer Islamkritik oder bezieht sich zustimmend auf Islamkritiker, läßt jedoch ein instrumentelles Verhältnis dazu erkennen. Hetze gegen Migranten, Flüchtlinge und Linke gehört bei »Politically Incorrect« zur Political Correctness. Als dem »Junge Freiheit«-Autor Rolf Stolz Anfang Juni dieses Jahres der Zutritt zur von linken und säkularen Organisationen veranstalteten Kritischen Islamkonferenz in Köln verwehrt wurde, schlug sich PI auf seine Seite und ließ ihn ausführlich

zu Wort kommen. Zur Zeit suchen einige PI-Macher bedenkenlos den Schulterfluß mit einschlägig bekannten Antisemiten und Antizionisten. In den Kommentarspalten des Blogs tummeln sich, vom »PI-Team« unbehelligt, ohnehin bereits einige Faschisten. Dort kündigen auch etliche PI-Fans schon ihre Teilnahme am Pro-Köln-Kongreß an.

Die sich unabhängig von der »Pro«-Bewegung formierende Bürgerbewegung Pax Europa (BPE) ist eine weitere relevante Gruppierung der antiislamischen Rechten. Sie gibt sich betont bürgerlich, grenzt sich heftig von Pro Köln ab und denkt sogar über eine Gegenveranstaltung zu deren Kongreß nach. Die Solidarität mit Rolf Stolz, die BPE-Bundesgeschäftsführer Conny Meier in einer Nachbetrachtung zur Kritischen Islamkonferenz anläßlich der erwähnten Einlaßverweigerung bekundete, verdeutlicht jedoch, daß derartige Distanzierungen nicht grundsätzlicher Natur sind. Der Präsident der BPE, der ehemalige »FAZ«-Journalist Udo Ulfkotte, hatte sich 2007 der rechtspopulistischen, fremdenfeindlichen Vereinigung »Bürger in Wut« angeschlossen und zeigt auch auf der von ihm betriebenen Website »Akte Islam«, wo es langgeht. Dort bezeichnet er die Aufnahme von Flüchtlingen aus dem Irak als »Sozialhilfeempfänger-Import«. Bei seinem Versuch, im September letzten Jahres eine europaweite Demonstration gegen die »Islamisierung Europas« zu organisieren, schreckte er vor der Zusammenarbeit mit Vlaams-Belang-Leuten nicht zurück. Ulfkottes BPE tritt für den »Erhalt des christlich-jüdisch geprägten europäischen Wertebundes« ein und versucht, auf dieser Basis »der schleichenden Islamisierung unserer Gesellschaft entgegenzuwirken«. Religions- und herrschaftskritische Ausrichtung lassen diese Floskeln nicht erkennen, abgesehen davon, daß Verteidiger des »christlichen Abendlandes« mal wieder versuchen, mit dem Bindewort »christlich-jüdisch« das Judentum ideologisch einzugemeinden.

Islamkritik ist kein Selbstzweck, sondern notwendiger Bestandteil auf die Aufhebung von Ausbeutungs- und Unterdrückungsverhältnissen gerichteter kritischer Bestrebungen. Den Rechtspopulisten, ob Pro Köln oder der weniger plump auftretenden Variante Pax Europa und ähnlich gestrickten Vereinen, dienen die Attacken gegen Islamismus zur Maskierung ihrer Fremdenfeindlichkeit. Sie sind willige Helfer des herrschenden Standortrassismus. Ihre Aktivitäten hinzunehmen wäre genauso ein Ausdruck falscher Toleranz wie das Akzeptieren von Kopftuchzwang, Zwangsheiraten und Ehrenmorden. Beifall kann solchen Gruppierungen nur zollen, wer es aufgeben hat, »alle Verhältnisse umzuwerfen, in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist« (Marx). ●

Klaus Blees ist Mitarbeiter der »Aktion 3.Welt Saar«

Gerhard Hanloser / Karl Reitter
Der bewegte Marx
Eine einführende Kritik des Zirkulationsmarxismus

64 Seiten, 7,80 EUR [D]
ISBN 978-3-89771-486-1



Siegfried Jäger (Hg.)
Wie kritisch ist die Kritische Diskursanalyse?
Ansätze zu einer Wende kritischer Wissenschaft
Edition DISS

272 Seiten, 24 EUR [D]
ISBN 978-3-89771-749-7

Jens Kastner / Bettina Spörr (Hg.)
»nicht alles tun«
Ziviler und Sozialer Ungehorsam an den Schnittstellen von Kunst, radikaler Politik und Technologie
195 Seiten, 16 EUR [D]
ISBN 978-3-89771-481-6



Gerda Heck
»Illegale Einwanderung«
Eine umkämpfte Konstruktion in Deutschland und den USA
Edition DISS

280 Seiten, 24 EUR [D]
ISBN 978-3-89771-746-6

Dorothee Obermann-Jeschke
Eugenik im Wandel: Kontinuitäten, Brüche und Transformationen
Eine diskursgeschichtliche Analyse
Edition DISS

280 Seiten, 24 EUR [D]
ISBN 978-3-89771-748-0



Christian Jakob / Friedrich Schorb
Soziale Säuberung
Wie New Orleans nach der Flut seine Unterschicht vertrieb

228 Seiten, 13,80 EUR [D]
ISBN 978-3-89771-484-7

UNRAST Verlag

Postfach 8020 • 48043 Münster
Tel.: (0251) 666-293 Fax: -120
Besuchen Sie uns: www.unrast-verlag.de

